

Vorlage Nr. 101.20.84

8. Juni 2026
1 von 1

Resolution zur Stärkung der kommunalen Finanzen durch die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Bewältigung der anstehenden Transformationsaufgaben (u. a. Klimaschutz, Wärmeplanung, Sanierung der Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge) derzeit nicht auskömmlich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag sowie an die Landesregierung von Hessen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer zu schaffen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss an die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie an den Deutschen Städtetag / den Städte- und Gemeindebund zu übermitteln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Sabine Leidig

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE